

Das Wochenmagazin der

[www.spoe.at](http://www.spoe.at)



# Aktuell

19. Juni 2009 · Nr. 24

Gastkommentar von Horst-E. Pintarich  
zu Gratis-Kindergartenjahr



**SPÖ nimmt Probleme der Menschen ernst:  
Kriminalität bekämpfen –  
Polizei stärken**

Die persönliche Sicherheit ist den Menschen ein besonders wichtiger Wert. Und damit ist natürlich einerseits die leidige Zunahme der Kriminalität, vor allem bei Eigentumsdelikten gemeint. Andererseits aber auch die Arbeitsplatzsicherheit, die gerade in der jetzigen Wirtschaftskrise zentrales Thema ist. Die SPÖ nimmt sich der Lösung beider Probleme an und hat sich einerseits zum Ziel gesetzt, die Anzahl der ExekutivbeamtInnen zu erhöhen. Und zwar sollen 2.000 PolizistInnen zusätzlich Dienst auf Österreichs Straßen versehen. Andererseits ist es gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise wichtig, in den Arbeitsmarkt zu investieren. Die Bundesregierung hat daher ein zweites Arbeitsmarktpaket beschlossen, mit weitreichenden Verbesserungen bei Kurzarbeit, Altersteilzeit, Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitsmarkt.

Ein weiteres Thema: Ab Herbst wird das Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt gratis sein – und ab spätestens 2010 werden alle Fünfjährigen in Österreich in den Genuss vor-schulischer Förderung kommen.

Eure Redaktion

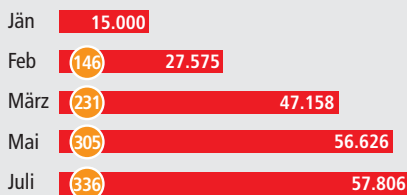
## Highlights der Woche

|                                                                       |    |
|-----------------------------------------------------------------------|----|
| Sicherheit .....                                                      | 4  |
| Interview mit Minister Darabos und SPÖ-Sicherheitssprecher Pendl..... | 5  |
| Arbeitsmarktpaket II .....                                            | 6  |
| Kindergarten für alle .....                                           | 7  |
| Umweltschutz.....                                                     | 8  |
| Uni-Novelle.....                                                      | 10 |
| Gastkommentar von Horst-E. Pintarich.....                             | 14 |

## Kurzarbeit nimmt zu

Stand 16. Juni 2009

■ Zahl der Kurzarbeiter/innen  
● Betriebe mit Kurzarbeit



Quelle: APA/AMS | Grafik: SPÖ

## Kurzarbeit nimmt zu

56.860 Kurzarbeits-Beschäftigte in 321 Betrieben waren bedingt durch den Auf-tragsschwund Mitte Juni zu verzeichnen. Anfang Juli beginnen für 2.242 Arbeit-nehmerInnen neue Kurzarbeitsprojekte – bei 1.116 Leuten handelt es sich um eine Verlängerung. Die Anzahl der Kurz-arbeiterInnen klettert somit auf 57.986. Die Kosten dafür betragen rund 250 Millionen Euro. ♦

mitreden.spoe.at

**Meinungsforum:**  
**Fühlen Sie sich sicherer, wenn die Planstellen bei der Polizei erhöht werden?**

Während andere EU-Länder seit 1998 sukzessiv Polizeiposten aufstockten, hat die schwarz-blau-organge Regie-rung Stellen abgebaut. Mittlerweile steigt die Kriminalität in Österreich.

Diskutieren Sie auf [www.mitreden.spoe.at](http://www.mitreden.spoe.at) über den Bedarf an PolizistInnen in Österreich.



BMASK

Sozialminister  
Rudolf  
Hundstorfer

## SPÖ will Rechtsanspruch auf Pflege-Teilzeit

Fast jede/r Fünfte, die/der ein Familienmit-glied betreut, kann selbst für planbare Fäl-le (z. B. Urlaub) auf keine Ersatz-Person zurückgreifen. 13 von 100 Befragten gaben an, dass sie selbst bei akuten Notfällen nie-manden finden würden, der einspringt. So-zialminister Rudolf Hundstorfer möchte deshalb mit der ÖVP und den Sozialpart-nern über ein neues Gesetz verhandeln: „Wir wollen, dass alle pflegenden Angehö-rigen, die parallel zu ihrer Pflegetätigkeit berufstätig sind, einen Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung erhalten.“ ♦

## Zitat der Woche

**„Besonders wichtig ist uns die Bekämpfung der steigenden Jugendarbeitslosigkeit. Denn gerade den Jugendlichen müssen wir Sicherheit und Perspektiven bieten, um sie nicht in die Fänge rechter Hetzer zu treiben.“**

## SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits zum Arbeitsmarktpaket II

## Mehr Rechte für Patchwork-Familien und bessere Absicherung von Frauen

Die Regierung hat sich auf das Familien-paket geeinigt. Damit wird den neuen Le-bensverhältnissen von Familien, insbeson-dere der Patchwork-Familien, Rechnung getragen. Auch ist es gelungen, eine Be-nachteiligung von Frauen im Ehe-recht zu beseitigen, was Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ein besonderes Anliegen war: Im Scheidungsfall können Richter-Innen künftig Vereinbarungen zwischen den Eheleuten aufheben, wenn sich die Le-bensumstände seitdem deutlich nachteilig für eine/n EhepartnerIn geändert haben. ♦



Jäger

Frauenministerin  
Gabriele  
Heinisch-Hosek

## LehrerInnenstudie zeigt Notwendigkeit der Bildungsreform

Für alle Bremser der Schulreform sollte das ein An-stoß zum Umdenken sein", so kommentierte Bil-dungsministerin Claudia Schmied die Ergebnisse der OECD-Studie TALIS (Teaching and Learning Internati-onal Survey). Die Tatsache, dass die LehrerInnen in die-ser Befragung Defizite im Bereich Schulverwaltung, unterstützendes Personal, Schulautonomie und Schu-levaluation bemängeln, ist für die Ressortchefin ein Beleg dafür, „dass die Bildungsreform nicht nur im Interesse der Eltern und SchülerInnen ist, sondern auch in dem der LehrerInnen“. Die Ministerin plant, die Arbeitsbedingungen und das Berufsbild der Leh-re-

rInnen so weiterentwickeln, dass es zu einer engeren Kooperation unterein-ander und zu besserer Zusammenarbeit kommt. ♦





## STANDPUNKT

# Es geht um Vertrauen und Sicherheit

Der Anstieg der Kriminalität ist direkt auf den Personalabbau bei der Polizei durch die schwarz-blau-orange Koalition zurückzuführen. Dem arbeiten wir nun entschlossen entgegen.

**„Wir wollen 2.000 ExekutivbeamtInnen mehr für Österreich. Wir wollen die bestmögliche Ausrüstung und schaffen nun die Rahmenbedingungen, damit unsere PolizistInnen ihren Job auch erfolgreich und motiviert erledigen können.“**

**S**icherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Unser Job ist es, diese Sicherheit in allen Aspekten zu gewährleisten. Neben der sozialen Sicherheit – leistbare Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnen, Arbeit – kommt auch der Sicherheit vor Verbrechen eine zentrale Bedeutung zu. Nur wenn der Staat dieser Verpflichtung nach Sicherheit für seine BürgerInnen nachkommt, können die Menschen auch Vertrauen in diesen Staat aufbauen.

Eines ist klar: Österreichs Polizistinnen und Polizisten leisten bereits jetzt hervorragende Arbeit. Allerdings sind sie nun die Leidtragenden des Sparkurses der schwarz-blau-orangen Koalition von 2000 bis 2006. Zur Erinnerung: Mehr als 3.000 BeamtInnen sind in dieser Zeit eingespart worden. Dieser einmalige Personalabbau war kein Zufall, sondern vielmehr taktisch bedingt. Die Idee dahinter: Das Spiel mit der Angst. Je größer das Gefühl der Unsicherheit und der Angst, umso eher werden jene gewählt, die für Law-and-Order stehen und mit einfachen Parolen punkten wollen.



Fotolia

**„Österreichs Polizistinnen und Polizisten leisten bereits jetzt hervorragende Arbeit. Allerdings sind sie nun die Leidtragenden des Sparkurses der schwarz-blau-orangen Koalition.“**

dass der MigrantInnenanteil innerhalb der Polizei massiv erhöht wird.

Die Einsparungen im Personalbereich bedeuten konkret, dass die PolizistInnen, die heute Dienst machen, zunehmend mit Verwaltungsaufgaben konfrontiert sind und mehr Zeit mit Innendienst verbringen. Die Polizei soll allerdings bei den Menschen sein, dort, wo es tatsächlich massive Sicherheitsprobleme gibt.

Profiteure dieser Situation sind die Angstmacher – die mit den einfachen Parolen. Leidtragende sind die von Diebstahl und Einbruch betroffenen Menschen, sowie die PolizistInnen, denen zunehmend die Hände gebunden sind. Deshalb unsere Forderung:

Wir wollen 2.000 ExekutivbeamtInnen mehr für Österreich. Wir wollen die bestmögliche Ausrüstung und schaffen nun die Rahmenbedingungen, damit unsere PolizistInnen ihren Job auch erfolgreich und motiviert erledigen können. Die Leute bei der Polizei wissen ganz genau, wer dafür verantwortlich war, dass 3.000 ExekutivbeamtInnen eingespart worden sind. Wir werden sie nicht im Regen stehen lassen. ♦

**Österreichs PolizistInnen werden von uns in der derzeitigen schwierigen Situation nicht allein gelassen.**

Gerade deshalb ist es auch besonders wichtig, dass wir unsere Anstrengungen erhöhen, dass die Polizei auch vermehrt für Menschen mit Migrationshintergrund attraktiv wird. Die Gesellschaft verändert sich und dem muss auch in diesem Bereich Rechnung getragen werden. Unsere Exekutive soll in ihrer Zusammensetzung ein Abbild unserer gesellschaftlichen Situation sein. Deshalb ist es ein Gebot der Stunde,

## SICHERHEIT

# 2.000 PolizistInnen mehr für Österreich!

Die steigende Kriminalität bei gleichzeitig sinkender Aufklärungsrate zeigt klar, dass Österreich mehr PolizistInnen braucht. Die Kaputtsparpolitik im Sicherheitsbereich muss ein Ende finden.



Weingartner

**„Die Polizei sagt uns zur steigenden Zahl von Einbrüchen, dass sie zu wenig Personal hat. Darauf müssen wir reagieren.“**

**Bundeskanzler Werner Faymann**

Die Polizei leistet hervorragende Arbeit. Aber die steigende Kriminalität kann man nur mit mehr Polizeiplanstellen in den Griff bekommen.

**D**ie steigenden Einbruchszahlen bei Einfamilienhäusern machen deutlich, dass Österreich etwas gegen die Kriminalitätsrate unternehmen muss. Laut Kriminalstatistik stiegen die Einbrüche in diesem Bereich von Jänner bis April 2009 zum Vergleichszeitraum 2008 um 37 Prozent. Im Burgenland sank die Aufklärungsquote zwischen Jänner und April 2009 gar um 3,6 Prozent, während etwa in Wien die

Öffnung der Schengengrenzen dafür verantwortlich gemacht werden kann – die Internationalisierung des organisierten Verbrechens spielt mindestens ebenso eine große Rolle.

## Schwarz-blau-orange Kaputtsparpolitik

Während in den meisten europäischen Ländern im Kampf gegen die steigende Kriminalität die Zahl der ExekutivbeamtInnen seit 1998 sukzessive aufgestockt wurde, hat die ÖVP-FPÖ-BZÖ-Regierung in Österreich, allen voran der ehemalige Innenminister Ernst Strasser, Posten abgebaut. Die jüngsten Vorschläge von Innenministerin Maria Fekter, den Strafraumen für Verbrechen zu erhöhen, greifen leider zu kurz. Sowohl höhere Strafraumen für Eigentumsdelikte, als auch Stadtwachen, Sicherheitsstadträte und sonstige Spielchen können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass Österreich mehr Polizistinnen und Polizisten braucht.

Wenn neue PolizistInnen für die Kriminalitätsbekämpfung benötigt werden, so müssen die Polizeistrukturen gewährleisten, dass jene auch tatsächlich für den aktiven Dienst bei den Menschen eingesetzt werden können. In der ganzen Debatte darf überdies nicht vergessen wer-

den, dass die österreichischen PolizistInnen hervorragende Arbeit leisten, jedoch unter dem chronischen Personalmangel leiden und daher oftmals überarbeitet sind. 2.000 PolizistInnen mehr für Österreich würden also nicht nur dem Wohl der Bevölkerung, sondern ebenso den aktuell beschäftigten ExekutivbeamtInnen einen großen Dienst erweisen.

## Länder brauchen dringend mehr PolizistInnen

Vor allem die betroffenen Ballungszentren und Grenzraumregionen brauchen so schnell wie möglich mehr Unterstützung, um die steigenden Delikte unter Kontrolle zu bringen. So haben die SPÖ-Landesorganisationen Wien und Burgenland Unterschriftenaktionen für zusätzliche Polizeiplanposten ins Leben gerufen, die bereits von mehreren Tausend BürgerInnen unterschrieben wurden. ♦

**„Ich halte es für dringend notwendig, die von der schwarz-blauen Regierung abgebauten Stellen wieder aufzustocken.“**

**Bundeskanzler Werner Faymann**

Zahl der angezeigten Eigentumsdelikte um 14,5 Prozent stieg. Eine Tendenz, die Bundeskanzler Werner Faymann und sein Team auf den Plan rief, die Ursache dieser Entwicklungen zu beleuchten. Schnell war klar, dass die 3.000 eingesparten Polizeiposten unter VP-Innenminister Strasser einen beträchtlichen Teil dazu beitrugen. Es braucht daher bis 2013 mindestens 2.000 PolizistInnen mehr in Österreich, um der ausufernden Kriminalität etwas entgegenzusetzen. Es ist überdies nicht ganz richtig zu behaupten, dass lediglich die

## Anstieg bei Einbrüchen

Anzahl der Einbruchsdiebstähle im 1. Quartal 2009, Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %

■ Wohnungen  
■ Einfamilienhäuser

|                    |             |             |
|--------------------|-------------|-------------|
| ÖST                | 3.600 +16,6 |             |
|                    | 2.599 +37,7 |             |
| Nach Bundesländern |             |             |
| Wien               | 2.812 +35,8 | 790 +58,3   |
| NÖ                 | 250 +17,9   | 1.015 +37,9 |
| STMK               | 187 -7,0    | 248 +43,4   |
| OÖ                 | 153 -3,2    | 194 +1,6    |
| Tirol              | 66 -36,5    | 73 +46,0    |
| Sbg                | 65 -43,0    | 83 -6,7     |
| Ktn                | 32 -17,9    | 91 +19,7    |
| Vbg                | 25 +56,3    | 50 +163,2   |
| Bgld               | 10 +25,0    | 55 +1,9     |

Quelle: SN/APA | Grafik: SPÖ

Quelle: SN/APA | Grafik: SPÖ

## INTERVIEW

# „Österreichs PolizistInnen leisten hervorragende Arbeit“

Verteidigungsminister Norbert Darabos und SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl über sicherheitspolitische Problemfelder und Lösungsansätze im Interview mit „SPÖ-Aktuell“.



BMLVS

**Verteidigungsminister Norbert Darabos gewährleistet, dass SoldatInnen die Polizei in den Grenzregionen unterstützen.**

*SPÖ-Aktuell: In den letzten Wochen wurden die Themen Sicherheit und Kriminalität intensiv diskutiert. Warum, wo doch Österreich zu den sichersten Ländern Europas zählt?*

**Norbert Darabos:** Die SPÖ hat das Thema aufs Tapet gebracht, weil wir wollen, dass Österreich auch in Zukunft ein sicheres Land bleibt. Darum geht es. Die Sorgen der Bevölkerung sind ernst zu nehmen, deshalb ist die Diskussion, die jetzt geführt wird, wichtig und richtig.

**Otto Pendl:** Aktuelle Zahlen belegen, dass in Österreich vor allem der Kriminaltourismus angestiegen ist – besonders in Ballungszentren und an den östlichen Grenzräumen, woran die Öffnung der Schengengrenzen nicht alleine Schuld hat.

*Was kann gegen die steigende Kriminalität unternommen werden?*

**Pendl:** Ganz besonders wichtig wäre, die Zahl der ExekutivbeamtInnen in Österreich um 2.000 Leute aufzustocken. Immerhin wurden unter Schwarz-Blau-Orange 3.000 Planstellen bei der Polizei eingespart. Viele Polizistinnen und Polizisten arbeiten daher mittlerweile an der Grenze ihrer psychischen und physischen Belastbarkeit – die PolizistInnen heutzutage stehen permanent „unter Strom.“ Aber: Österreichs PolizistInnen leisten hervorragende Arbeit, wofür ich jedem und jeder einzelnen danke.

**Darabos:** Ich kann das nur unterstreichen. Unsere PolizistInnen machen einen sehr guten Job. Das Problem ist, dass es eben zu wenige PolizistInnen gibt. Und diejenigen, die es gibt, müssen leider auch zu viel Büroarbeit verrichten. Wir brauchen mehr PolizistInnen auf den Straßen, schon allein die Präsenz verhindert Verbrechen. Und es ist ein Mehr an Streifendiensten, an Ausstattung und Ausrüstung absolut notwendig. Hier ist das Innenministerium gefordert.

*Warum sollen ausgerechnet die Planstellen bei der Polizei aufgestockt werden?*

**Pendl:** Die öffentliche Sicherheit ist eine der ureigensten Aufgaben des Staates. Diese muss endlich wieder voll gewährleistet sein. Ich halte auch überhaupt nichts von jenen Kräften, die Sicherheitsfragen in private Hände legen möchten. Das wäre fatal.

**Darabos:** Die Polizei ist kein Selbstverwaltungskörper. Sie muss einfach die Ressourcen haben, draußen bei den Menschen zu sein. Sie muss dort präsent sein, wo es Sicherheitsprobleme gibt. Das erwarten sich die Menschen völlig zu Recht. Das Bundesheer ist hier durchaus Vorbild: Wir verschlanken die Verwaltung und schaffen gleichzeitig Jobs draußen bei der Truppe.

*Wie sehen PolizistInnen einen derartigen Vorschlag? Gibt es Erfahrungen?*

**Pendl:** Ich stehe seit Jahrzehnten in Kontakt mit PolizistInnen, speziell mit der Polizeigewerkschaft – wo ich doch selber Gewerkschafter war – und diese bestätigen mir, dass es eine Aufstockung des Personals unbedingt braucht – zum Wohle und für die Sicherheit der Menschen und zur Entlastung der völlig überarbeiteten ExekutivbeamtInnen.

*Wie kann der Assistenzeneinsatz des Bundesheeres der Kriminalitätsbekämpfung zuträglich sein?*

**Darabos:** Unsere SoldatInnen unterstüt-



Spöla

**SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl steht hinter Werner Faymanns Forderung nach 2.000 PolizistInnen mehr.**

zen die Polizei im Grenzraum, weil es dort eben zu wenig PolizistInnen gibt. Sie sind mit ihrer ständigen Präsenz die Augen und Ohren der Polizei, haben bereits 1.100 Verdachtsmomente gemeldet. Durch das Bundesheer konnten schon ganze Einbrecherbanden dingfest gemacht werden. Die Polizei ist dankbar für diese Hilfe und vor allem die Menschen, die im Grenzraum leben, sind klar für den Bundesheer-Einsatz.

**Pendl:** Hier muss ich Norbert völlig recht geben und mich für die Initiative des Verteidigungsministers gemeinsam mit unserem Bundeskanzler Werner Faymann bedanken. Das ist eine sinnvolle Sache und ich denke, dass der betroffenen Bevölkerung ein Stein vom Herzen fällt.

*Herr Bundesminister, haben Sie die Gelegenheit mit SoldatInnen zu sprechen, die sich im Grenzeinsatz befinden?*

**Darabos:** Natürlich. Ich spreche sehr oft mit unseren SoldatInnen im Grenzraum. Als Burgenländer, der selbst nicht weit von der Grenze entfernt lebt, weiß ich diesen Einsatz auch aus persönlicher Erfahrung heraus sehr zu schätzen. Und bei meinen vielen Gesprächen vor Ort sagen mir die SoldatInnen auch immer wieder, wie dankbar ihnen die Bevölkerung ist. Diejenigen, die den Einsatz ablehnen, haben nie an den östlichen Grenzen Österreichs gelebt. ♦

## ARBEITSMARKT

# Jeder Arbeitsplatz zählt!

Das Arbeitsmarktpaket II ist eine aktive Unterstützung zur Krisenbewältigung, das vor allem den ArbeitnehmerInnen neue Chancen eröffnet, aber auch Unternehmen unterstützt, durch die Krise zu kommen.

**D**urch das Arbeitsmarktpaket II werden 35.000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen. In Summe werden rund 325.000 Menschen von diesem Paket profitieren, da es auch klare Verbesserungen bei der sozialen Absicherung geben wird“, sagte Sozialminister Rudolf Hundstorfer bei der Präsentation des Pakets. Mit diesem Bündel an Maßnahmen wird von der Bundesregierung ein weiterer wichtiger Schritt zur aktiven Unterstützung bei der Krisenbewältigung

das die Ausweitung der Kurzarbeit auf eine Maximaldauer von 24 Monaten; zum anderen wird die Beihilfe für die Kurzarbeit angehoben (ab dem 7. Monat der Kurzarbeit werden nun auch die Dienstgeber-Sozialversicherungsbeiträge zur Gänze vom AMS ersetzt). „Mit der Erhöhung der Beihilfe werden insbesondere Wettbewerbsnachteile mit dem Haupthandelspartner Deutschland hintangehalten“, ist Sozialminister Hundstorfer überzeugt.

Der Zugang zur Altersteilzeit wird erleichtert, indem die derzeit im Gesetz vorgesehene Anhebung des Mindestzugangsalters bis Ende 2010 verschoben wird. Auch das Solidaritätsprämienmodell wird erweitert. Beim Solidaritätsprämienmodell reduzieren mehrere Beschäftigte in einem Unternehmen ihre Arbeitszeit, um im Gegenzug eine/n Arbeitslose/n oder – und das ist neu – einen Lehrling aus einer überbetrieblichen Lehrausbildung zu beschäftigen. Und die Jugendstiftung bietet 2.000 – überwiegend jugendlichen – Arbeitslosen die Chance, sich in Zeiten der Krise besser zu qualifizieren. Während der Zeit in der Stiftung wird der Arbeitslosengeldbezug verlängert, StiftungsteilnehmerInnen rutschen nicht in die Notstandshilfe ab. Zusätzlich erhalten die Jugendlichen ein Stiftungsstipendium in der Höhe von 100 Euro pro Monat.

Auch ist die Anhebung des Arbeitslosengelds um die Inflation im Paket enthalten. Davon werden ca. 250.000 Menschen profitieren. Ältere Langzeitarbeitslose – betroffen sind überwiegend Frauen – die vor der Pensionsreform 2004 in Pension hätten gehen können, haben Anspruch auf Übergangsgeld, das um 25 Prozent höher ist als das Arbeitslosengeld. „Das Übergangsgeld wäre 2009 ausgelaufen, wird aber nunmehr krisenbedingt verlängert“, erklärt Hundstorfer. ♦



Arbeitsplatzsicherung ist der Regierung und Bundeskanzler Werner Faymann gerade in Zeiten der Krise ein besonderes Anliegen – dafür wird auch Geld in die Hand genommen.

gung gesetzt. Die Bundesregierung nimmt bis zum Jahr 2013 für das Arbeitsmarktpaket II mehr als 400 Millionen Euro in die Hand. „ArbeitnehmerInnen, ArbeitgeberInnen und Bundesregierung ziehen mit diesem Maßnahmenpaket an einem Strang, um die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise so gering wie möglich zu halten“, so Hundstorfer.

## Neuerungen bei Kurzarbeit, Altersteilzeit, Solidaritätsprämienmodell

Für die Jahre 2010 bis 2012 sind im Arbeitsmarktpaket II zwei Neuerungen bei der Kurzarbeit enthalten. Zum einem ist

## ZUM THEMA

### „Staatshaftungen für Unternehmen sind Haftungen für Arbeitsplätze“

Bald können auch große Unternehmen für ihre Kredite Staatshaftungen beantragen. Pro Betrieb haftet die Republik für maximal 300 Mio. Euro auf fünf Jahre. Die gesamte Verpflichtung des Bundes darf 10 Mrd. Euro nicht übersteigen. Bundeskanzler Werner Faymann betont, dass diese Maßnahme als Arbeitsplatzsicherung zu sehen ist, denn es geht um Unternehmen, die zwar Aufträge in ihren Büchern haben, sie aber nicht finanzieren können. Grundsätzlich kommen nur

Firmen, die Sitz oder Betriebsstätte in Österreich haben, mehr als 250 MitarbeiterInnen und über 50 Mio. Euro Umsatz vorweisen und außerhalb des Finanzsektors tätig sind in den Genuss der staatlichen Haftung. Diese bezieht sich auf 30 bis 60 Prozent der jeweiligen Auftragssumme. Dafür ist ein „angemessenes“ Entgelt fällig, das nach Bonität und Sicherheiten gestaffelt ist. Für kleine Unternehmen gibt es ein ähnliches Modell bereits.

## KINDERGARTEN

# Vorrang für spielerisches Lernen

Auch wenn einige Bundesländer schon wesentlich weiter gehen: Ab Herbst ist der Besuch des Kindergartens österreichweit im letzten Jahr vor Schuleintritt halbtags gratis und spätestens 2010 auch verpflichtend.



Nach dem Sommer heißt es für die Vorschulkinder viel miteinander Spielen – und sich auf die Schule freuen. Ab 2010 gilt das für alle Fünfjährigen.

Die 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zum verpflichtenden Kindergartenjahr wurde vom Nationalrat abgesegnet. Damit ist zugleich besiegelt, dass ab Herbst 2010 alle Fünfjährigen eine optimale Schulvorbereitung bekommen, unabhängig von ihrer sozioökonomischen Herkunft. In Kärnten, Nieder- und Oberösterreich gilt die Verpflichtung bereits ab kommendem Herbst. Alle anderen Bundesländer ziehen erst ein Jahr später nach, wodurch sie mehr Zeit haben, die notwendige Anzahl von Kindergartenplätzen zu schaffen.

Derzeit besuchen österreichweit rund 3.000 Fünfjährige keinen Kindergarten. Das sind vier Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe. Vor allem in Wien wird die Betreuungsquote der VorschülerInnen durch den Gratiskindergarten und die Verpflichtung in die Höhe schnellen: 1.300 dieser 3.000 Kinder leben in Wien. Bildungsministerin Claudia Schmied stellt dazu fest, dass viele Kinder nicht zur Sprachstandsfeststellung gekommen sind und gerade die Risikogruppe von Kindern mit Migrationshintergrund im städtischen Bereich „oft nicht im Kindergarten zu finden ist“. Die Verpflichtung ist daher oft die einzige Lösung, um Abhil-

fe zu schaffen. Auch wenn das verpflichtende Kindergartenjahr Kosten verursacht. Laut der Bund-Länder-Vereinbarung überweist der Bund den Ländern für den Gratiskindergarten in den kommenden Jahren „Zweckzuschüsse“ von jeweils 70 Millionen Euro pro Jahr. Schmied: „In Hinblick auf die Bildung ist jedenfalls alles, was wir früh investieren, gut angelegt und erspart später hohe Reparaturkosten.“

Neben den besseren Chancen für die Kinder, liegt für die SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier der Fokus auch auf der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der grundsätzlich positiven Auswirkung auf die Erwerbstätigkeit von Frauen. Sie fasst daher zusammen: „Diese Maßnahme entspricht den Lebensrealitäten der Eltern und Kinder.“

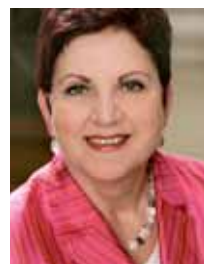
## Großzügigste Kindergartenregelung in Wien

Wien ist sich des Problems eines hohen Migrationsanteils und relativ gesehen niedrigen Anteils an Fünfjährigen, die den Kindergarten besuchen, bewusst. Die SPÖ-geführte Wiener Regierung bietet daher ab Herbst die österreichweit großzügigste Kin-

dergartenregelung an. Die Betreuung für alle Kinder von null bis sechs Jahren wird gratis angeboten – und zwar ganztags. Auch private Träger sollen zumindest im Ausmaß von 226 Euro pro Kind und Monat – der Betrag, der bisher in städtischen Kindergärten zu zahlen war – entlastet werden.

In Oberösterreich werden alle drei Kindergartenjahre halbtags gratis besucht werden können, in Tirol die letzten zwei Jahre. In Niederösterreich und Kärnten ist der Gratiskindergarten für Drei- bis Sechsjährige bereits Realität.

Auch in Salzburg ist der Kindergartenbesuch ab Herbst für Fünfjährige halbtags beitragsfrei. ♦



Spiola

**„Mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr sichern wir den Kindern österreichweit einen guten Start in die Schulzeit.“**

**SPÖ-Familiensprecherin  
Gabriele Binder-Maier**

## ZUM THEMA

### Bei den Kleinsten hinkt Österreich noch hinterher

Mehr als 96 Prozent der Fünfjährigen – 78.000 Kinder – sind bereits in Betreuungseinrichtungen (Hort, Tagesheim) untergebracht. Die bundesweite Einführung des Gratis-Kindgartens ab September dürfte in Wien zur größten Steigerung der Betreuungsquote führen. Das geht aus Berechnungen der Statistik Austria hervor.

Bei den Drei- bis Fünfjährigen beträgt die kombinierte Betreuungsquote 87,3 Prozent – und liegt damit unter der EU-Zielvorgabe von 90 Prozent (Barcelona-Ziel). Auch bei der Betreuung der Kinder im Alter unter drei Jahren liegt Österreich derzeit noch hinter der EU-Vorgabe: Während das Ziel bei 33 Prozent liegt, schafft Österreich derzeit nur eine Betreuungsquote von 14 Prozent.

## UMWELTSCHUTZ

# Vorrang für Naturschutz

Bei der Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVP-G) darf es zu keiner einseitigen Bevorzugung von Lobbying-Interessen zu Lasten des Naturschutzes kommen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer und Präsident des größten heimischen Fischereiverbandes (VÖAFV) Günther Kräuter setzt sich mit vollem Einsatz für ausgewogene Regelungen ein.



Damit unsere Flüsse Naturjuwele bleiben.

**E**reichter unter den Umweltschutzorganisationen: Die zuletzt auch ÖVP-intern (Wirtschaftsministerium gegen Umweltministerium) umstrittene UVP-Novelle wurde beim Ministerrat am vergangenen Dienstag nicht eingebracht. Umweltschutzorganisationen hatten ja wiederholt kritisiert, dass die geplante Novelle zu einer Schwächung und Aufweichung des UVP-Gesetzes führen würde. Kritik, die nicht nur der Umweldachverband und seine zahlreichen Mitgliedsorganisationen teilen, sondern auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der sich mit vollem Engagement für den Naturschutz und die berechtigten Anliegen der Bevölkerung einsetzt. Die Kritik Kräuters entzündet sich hauptsächlich an

**„Umweltstandards dürfen nicht über Bord geworfen werden“.**

**Bundeskanzler Werner Faymann**

der geplanten einseitigen Bevorzugung des Kraftwerkbaus. Denn genau diese völlige Vernachlässigung des Naturschutzes versuchten Vertreter der Industriellenvereinigung in die UVP-Novelle hineinzu-reklamieren.

Mit dem Argument des „öffentlichen Interesses“ sollten also die Umweltverträglichkeitsprüfungen radikal verkürzt werden und Kraftwerksbauten auch gegen die Interessen des Naturschutzes und der AnrainerInnen durchgepeitscht werden. Da-

für freilich ist die SPÖ nicht zu haben, so Kräuter, der klarstellt: „Ich bekenne mich grundsätzlich zur Energiegewinnung aus Wasserkraft, es müssen aber letzte naturbelassene Flussstrecken unbedingt geschützt und für künftige Generationen bewahrt werden.“

## Etappensieg für Naturschutz

Dass die UVP-Novelle derzeit auch dank des Vetos von Umweltminister Berlakovich und des entschlossenen Auftretens der Umweltschutzorganisationen auf Eis liegt, wertet Kräuter daher als „Teilerfolg und Etappensieg für den Naturschutz“. Und Kräuter sieht in dieser Frage Umwelt-

Richter

# und Umweltstandards

minister Berlakovich als wichtigen Verbündeten, der – so lobt Kräuter – hier richtige Schritte gesetzt hat. Kräuter stimmt mit dem Umweltminister vor allem darin überein, dass mit dem Argument des öffentlichen Interesses weder Umweltschutz noch AnrainerInnenanliegen außer Acht gelassen werden dürfen. Einen Art Freibrief für den ungezügelter Kraftwerksbau darf es nicht geben, unterstreicht Kräuter und betont, dass es keine „automatische Hierarchie geben darf, wonach die Wasserkraftnutzung automatisch ein übergeordnetes öffentliches Interesse bekommt.“ Eindringlich warnt Kräuter vor den negativen Folgen des ungezügelter Kraftwerkbaus. Denn schon in der Vergangenheit mussten Unsummen an Steuergeld für den Rückbau von Flussverbauungen ausgegeben werden – Gleiches soll sich jetzt bei den Kleinkraftwerken nicht mehr wiederholen. Doch nicht nur für unsere letzten Flusssidyllen wären die Folgen fatal, sondern auch für die heimische Fischfauna, so der Präsident des größten österreichischen Fischereiverbandes. Denn die natürliche Fortpflanzung von Äsche, Bachforelle oder Huchen wäre ernsthaft gefährdet und in bestimmten Regionen unwiederbringlich verloren, wenn



Nicht überall sind Kraftwerke akzeptabel.

sich die Wirtschafts-Lobbyisten bei der UVP-Novelle durchsetzen. Kräuter bekräftigt weiters, dass die Bevorzugung der Wasserkraftnutzung auch den hier durchaus „fortschrittlichen“ EU-Vorgaben zum Schutz der Umwelt widersprechen würde. Kritik übte Kräuter auch grundsätzlich an Wirtschaft und Industriellenvereinigung, die zwar dann, wenn es um Markt und Liberalisierung geht, auf das EU-Recht po-



Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz hat sich ein prominent besetztes Podium mit Vertretern wichtiger Umweltschutzorganisationen und Pionieren des Naturschutzes klar gegen eine Schwächung und Aushöhlung des UVP-Gesetzes ausgesprochen.

chen, dieses Recht aber nicht gleichermaßen ernst nehmen, wenn es um Interessen des Naturschutzes geht.

## Kräuter: UVP-Novelle darf in geplanter Form nicht kommen

Kräuter wird sich weiter voll dafür einsetzen, dass die UVP-Novelle in der geplanten Form nicht kommt. Jetzt geht es darum, den Menschen jene ökologischen aber auch ökonomischen Argumente näherzubringen, die gegen die von UmweltschützerInnen befürchteten Verschlechterung im Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetz sprechen.

## Faymann: Österreich muss Umweltmusterland bleiben

Bundeskanzler Werner Faymann erklärte, dass die Wirtschaft Probleme wegen umfangreicher Verfahren und langer Verfahrensdauer beklage. Daher sei man bemüht, die Verfahren zu kürzen – allerdings „ohne die Umweltstandards über Bord zu werfen“, so Faymann, der nachdrücklich betonte, dass Österreich ein Umweltmusterland bleiben muss. Mit dem einfachen Hineinschreiben von öffentlichem Interesse könne es jedenfalls nicht getan sein, teilt Faymann die Kritik der Umweltorganisationen. Und auch SPÖ-Umweltsprecherin Petra Bayr lehnt den Wunsch der Industrie ab, im Falle von öffentlichen Interessen per Bescheid das UVP-Gesetz einfach auszuhebeln. Und Bayr weiter: „Das UVP-Gesetz ist ein Mittel zur Abwägung zwischen wirt-

schaftlichen und öffentlichen Interessen auf der einen Seite und dem Schutz der Umwelt auf der anderen. Herzugehen und für alle Kraftwerksbauten mit dem Argument des öffentlichen Interesses einen Persilschein auszustellen, widerspricht dem Geist des Gesetzes und ist mit der SPÖ nicht zu machen.“

## Naturfreunde: Umwelt darf nicht mit Füßen getreten werden

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz, an der neben VÖAFV-Präsident Kräuter auch Vertreter so prominenter Umweltorganisationen wie Naturschutzbund oder Alpenverein unter dem Dach des Umweltschutzbundes mit Präsident Heiligbrunner teilnahmen, machte sich auch der Bundesgeschäftsführer der Naturfreunde Österreich, Reinhard Dayer, für einen vernünftigen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie stark. Mit der vorliegenden UVP-Novelle „wird der Wert der Natur mit den Füßen getreten“. Statt einseitig der wirtschaftlichen Seite den Vorzug zu geben, müsse der Wert der Natur (z.B. für den Tourismus) viel stärker im Vordergrund stehen, meint Dayer, der hier auf eine Allianz der Vernunft hofft. ♦

**Voll auf Seiten des Naturschutzes: SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.**



## UNI-GESETZ

# Mehr Fairness beim Studium

Der Ministerrat hat die UG-Novelle beschlossen. Die SPÖ hat wesentliche Verbesserungen für Studierende erreicht.



**SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl: SPÖ hat faire Studieneingangsphase, Nein zu Knock-Out-Prüfungen, Ausbau der Studienberatung und Erhöhung des Frauenanteils in leitenden Funktionen durchgesetzt.**

## Wird es mehr Studienplätze geben?

In Human- und Zahnmedizin sollen bis 2015 die Studienplätze von 1.500 auf bis zu 2.000 ausgebaut werden, bei der Veterinärmedizin von 180 auf 250. In Psychologie soll von 1.600 auf 2.300 Plätze erhöht werden. Künftig soll es der/dem MinisterIn und der Bundesregierung erlaubt sein, auch in anderen Fächern Mindeststudienplätze und Aufnahmeverfahren festzulegen, wenn der Zustrom deutscher Numerus-Clausus-Flüchtlinge zu groß wird.

## Wie ist die Studieneingangsphase geregelt?

Die SPÖ hat sich erfolgreich für eine faire Studieneingangs- und Orientierungsphase eingesetzt. Diese Phase soll sich über ein bis zwei Semester erstrecken, Lehrveranstaltungen müssen mindestens ein halbes Semester dauern, so dass sie als wirkliche Orientierungsphase dienen. Zudem gibt es die Möglichkeit zur Prüfungswiederholung wie im restlichen Studium (im ursprünglichen Begutachtungsentwurf war lediglich eine Chance vorgesehen).

## Wie kann man ein Masterstudium absolvieren?

Hier gibt es die Möglichkeit autonomer Gestaltung nach qualitativen Gesichtspunkten im Zusammenhang mit jenen Fächern, auf denen das Masterstudium aufbaut. Die Absolvierung eines Bachelorstudiums berechtigt ausdrücklich zur unmittelbaren Zulassung zu mindestens einem fach einschlägigen Studium an der jeweiligen Universität.

## Umbau der Studien

Der Umbau in das Bachelor-/Master-System wird verstärkt. Künftig können Ba-

chelor-Studien bis zu vier Jahren dauern. Das anschließende Master-Studium bleibt bei zwei Jahren. Die Lehrpläne der Bachelor-Studien müssen so gestaltet sein, dass Auslandssemester leichter möglich werden. Besondere Bestimmungen gibt es bei der Medizin. So kann das bisherige Diplom-/Doktorats-Studium in ein Bachelor-/Master-Studium umgewandelt werden (die Uni kann sich für ein Modell entscheiden). Die fertigen ÄrztInnen erhalten in jedem Fall den Titel „Doktor“.

## Vorrang für Begabte

Hochbegabte StudentInnen können direkt nach dem Bachelor-Studium in ein PhD-Studium aufrücken, ohne vorher den Master-Abschluss in der Tasche zu haben. Der PhD darf in Österreich verliehen werden, wenn das Doktoratsstudium eine Regelstudienzeit von 3 Jahren hat.

## Wie sieht es mit der Frauenförderung aus?

Hier hat sich die SPÖ erfolgreich dafür eingesetzt, dass es eine 40-Prozent-Quote für Frauen in allen Universitätsgremien (Uniräte, Rektorat, Senate etc.) gibt. Der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen überwacht dies und kann ein Gremium be-  
einspruchen, wenn es sich nicht daran hält.

## RektorInnenwahl nur mit Zustimmung des Senats möglich

Die zentrale Rolle des Senats bleibt erhalten, eine ausgewogen besetzte Findungskommission erstellt nicht bindende Vorschläge, daher kann künftig keine Rektorin, kein Rektor gegen den Willen des Senats bestellt werden. Bei der Neuzusammensetzung des Senats kommt es zudem zu einer Stärkung des Mittelbaus, zudem gibt es weiterhin eine Sperrfrist von 4 Jahren für Ex-PolitikerInnen im Unirat. Auch ist das abgekürzte Berufungsverfahren erweitert worden, während es auch eine erweiterte Mitwirkung der BetriebsrätInnen im Unirat gibt. Das sind weitere Vorteile, für die sich die SPÖ stark gemacht hat.

## Werden sich die Studienbedingungen verbessern?

Im Rahmen der Leistungsvereinbarungen zwischen Ministerium und Unis sind künftig u.a. folgende Punkte vereinbart: Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und wissenschaftlicher Karriere, Verringerung der Zahl der StudienabbrecherInnen, Coaching und Mentoring in der Studieneingangsphase, mehr Angebote für berufstätige Studierende, gezielte Förderung von Nachwuchsforscherinnen. ♦

Studie

## Wertewandel 1990-2008

Was denken Österreicherinnen und Österreicher über Beziehungen, Arbeit, Religion und Politik?

Was hat sich in den letzten 20 Jahren in der österreichischen Gesellschaft getan? Wie haben sich die Einstellungen bis 2009 verändert? Lassen sich Trends erkennen? In „Die Österreicher innen“ wird die zum dritten Mal durchgeführte „Europäische Wertestudie“ vorgestellt, die die österreichische Gesellschaft unter die Lupe nimmt und die Werthaltungen der österreichischen Bevölkerung der letzten 20 Jahre eingehend beleuchtet. Dabei wird besonderer Wert auf die Hinter-

gründe und Ursachen dieser Einstellungen gelegt.

Die AutorInnen gehen den obenstehenden Fragen auf den Grund und spüren mithilfe detaillierter Daten und Fakten schlüssige Antworten auf. Neben den Analysen der einzelnen Lebensfelder stellen sie Perspektiven und Handlungsempfehlungen dar. Dabei wird den Herausforderungen, die sich angesichts von Gegenwart und Zukunft für Familien, Politik und Kirche ergeben, ausreichend Platz eingeräumt. ♦

Queer Studies

## Als die erste Münze flog ...

1969 war der Beginn der US-amerikanischen Schwulen- und Lesbenbewegung. Martin J. Gössl gibt einen detaillierten Überblick.

Dass Lesben und Schwule in unserer westlichen Welt ungehindert in der Öffentlichkeit auftreten können, erscheint uns heute als normal. Vier Jahrzehnte zuvor war es aber alles andere als alltäglich. Am 28. Juni jährt sich zum 40. Mal ein Ereignis, das als „Stonewall Riots“ in die amerikanische Geschichte eingegangen ist. Diese Unruhen, die nach einer Polizeirazzia in der Bar „Stonewall Inn“ ihren Ausgang nahmen und einige Tage die Christopher Street im New Yorker Stadtteil Greenwich Village be-

herrschten, waren der Ausgangspunkt und Gründungsmythos der neuen Lesben- und Schwulenbewegung. Was aber geschah in den USA vor den Ereignissen 1969? Welche Veränderungen brachte AIDS und wie populär war das Outing in den Neunzigern wirklich? Martin Gössl schildert anhand von Originalquellen aus dem berühmten LGBT-Archiv in New York mit AugenzeugInnenberichten, wie sich die Geschichte der amerikanischen Schwulen- und Lesbenbewegung entwickelt hat. ♦

Sachbuch

## Heurigen G'schicht'n

Elisabeth Hewson hat in ihrem neuesten Buch Weinbeißer und Wienerliedsänger belauscht – ein Augenzeugenbericht.

Die Welt des Wiener Heurigen ist etwas Unvergleichliches: eine Institution, die sich kein Tourist entgehen und über die kein/e WienerIn etwas kommen lässt. Und der Heurige ist eine Institution, die unzählige Geschichten zu bieten hat, die man sich wohl schon im Mittelalter zurief und sich bis heute bei spritzigem jungem Wein erzählt. Sängern flochten manches davon zu boshaften G'stanzeln; Intrigen wurden gesponnen und sogar Weltpolitik beschlossen – und begossen. Elisabeth Hewson, die be-

reits die „Praterg'schichten“ vorgelegt hat, war für ihr neuestes Buch viel unterwegs. Sie hat sich zwischen Grinzing, Nußdorf und Stammersdorf hinter den „mit Weinlaub umrankten Biedermeierfassaden“ (Wolfram Siebeck) umgehört, Weinbeißer belauscht, Ambiente und Flair, Schweinsbraten und Liptauer studiert. Bei einem Glaserl Heurigen oder G'mischten Satz – können ihre Berichte aus Wiens Hochburgen der Gemütlichkeit auch als Buch genossen werden. Na dann: Prost! ♦

☐ ..... Stk.


Friesl, Polak,  
Hamachers-Zuba (Hrsg.):  
**Die Österreicher innen**  
Czernin Verlag, Wien 2009;  
348 S., 23 €

☐ ..... Stk.


Martin J. Gössl:  
**Als die erste Münze flog  
und die Revolution begann.**  
Verlag Rosalila PantherInnen,  
Wien 2009;  
136 S., 15 €

☐ ..... Stk.


Elisabeth Hewson:  
**Heurigen G'schicht'n.  
Besungenes und  
Berausches.**  
**Beweintes und Belauschtes.**  
Pichler Verlag, Wien 2009;  
179 S., 24,95 €

Unterschrift: .....

Adresse: .....

Name: .....

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



## OBERÖSTERREICH

# „Netzwerk der Menschlichkeit“



SPÖ sucht den persönlichen Draht zu 150.000 BürgerInnen.

„Wir starten jetzt durch und beginnen die Aufholjagd in Oberösterreich!“, so die Ansage von SPÖ-Landeschef Erich Haider. „Wir werden in Oberösterreich in den Sommermonaten zu 150.000 Bürgerinnen und Bürgern persönlichen Kontakt aufnehmen“, erklärt Haider. „Wir wollen um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Wir müssen uns zuallererst um die eigenen Leute kümmern. Unsere Politik wird schärfer und zielsicherer, wenn wir wissen, wie die Menschen leben, warum sie den Kredit fürs Haus nicht mehr zurückzahlen oder ihre Kinder nicht studieren lassen können. Wir werden uns um ihre Sorgen und Nöte annehmen, wieder für die Menschen da sein und bei Problemen rasch helfen.“

Die SPÖ Oberösterreich startet in den kommenden Wochen eine große Kontaktoffensive, vor allem in den städtischen Ballungsräumen von Linz, Wels, Steyr und den Umlandgemeinden Traun, Ansfelden und Leonding. Ziel dieses breitangelegten Dialogs mit den BürgerInnen – speziell in typischen ArbeiterInnenvierteln – ist ein sozialdemokratisches „Netzwerk der Menschlichkeit“ gegen die Verrohung der politischen Sitten im Land.

„Wir haben dabei keine Schnellschussrezepte anzubieten, im Mittelpunkt steht primär das Zuhören. Es werden keine Konzepte aufgezwungen oder angepriesen. Die Anliegen werden notiert, nach Möglichkeit gelöst und den Menschen wieder rückgemeldet“, erklärt Erich Haider. „Ich möchte nicht, dass die Krisenverlierer oder die Jugendlichen nach rechts außen gehen, nur weil sich keiner um sie kümmert.“



SPÖ OÖ

SPÖ-Landeschef Erich Haider bei den Menschen und ihren Sorgen

## FREIHEITSKÄMPFER

# Die SPÖ trauert um Fritz Inkret



Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und die SPÖ trauern um den Leobener Fritz Inkret, einer der letzten Februarkämpfer des Jahres 1934.

Mit Fritz Inkret verstarb ein wichtiger Zeitzeuge der Februar-Kämpfe im Jahr

1934 und ein unermüdlicher Mahner gegen die Schrecken der Zwischenkriegszeit und des Nazi-Faschismus. „Sein Leben steht symbolisch für die Brüche und Umwälzungen, die unser Land in den dreißiger und vierziger Jahren aufgrund der beiden Regime des Austrofaschismus und des Nazi-faschismus durchstehen musste. Die Begebenheiten der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkrieges müssen uns als Warnung gelten, wir dürfen sie niemals vergessen“, ist der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer Ernst Nedwed tief bewegt.



SPÖ Leoben

Der Februarkämpfer Fritz Inkret

## WIEN

# Toleranz hat viele Gesichter



Das Donauinsselfest ist das größte und friedlichste Open-Air-Festival Europas. Die Besucherinnen und Besucher kommen aus den verschiedensten Ländern dieser Welt.

In diesem Rahmen startet die SPÖ Wien gemeinsam mit verschiedenen Organisationen die Aktion „Toleranz hat viele Gesichter“: Fotografen werden den Festgästen anbieten, sich mit ihrem Portrait an der Initiative zu beteiligen. Auch Künstlerinnen und Künstler, die am Donauinsselfest auftreten, unterstützen die Aktion. Im Laufe des Festivals wächst

so ein riesiges Mosaik aus den Portraitfotos der Gäste heran – zusammengesetzt aus den BesucherInnen, die drei Tage lang gemeinsam friedlich gefeiert haben.



Alle Infos zur Aktion und Statements von Unterstützerinnen und Unterstützern finden Sie auf der Homepage [www.fuertoleranz.at](http://www.fuertoleranz.at).

## NIEDERÖSTERREICH

## Rauchfrei im Auto



Gesundheitslandesrätin Karin Scheele und Andreas Kollross, Landesvorsitzender der Kinderfreunde, präsentieren die Aufkleberkampagne: „Unseren Kindern zuliebe. Rauchfrei im Auto.“

Lange Autofahrten in den Urlaub, Hitze und Staus. Wer greift da nicht gerne zur Entspannungszigarette? Dass genau diese Zigarette den eigenen Kindern am meisten schadet, beachten aber nur wenige.

### Passivrauchen schädigt Kleinkinder

Pünktlich zu Beginn der Urlaubs- und damit Autoreiszeit soll auf die Gefahren der Passivrauchbelastung für Kinder aufmerksam gemacht werden. „Giftige

Substanzen des Rauchs lagern sich im gesamten Auto ab und belasten die Kinder sogar dann, wenn gerade keine Zigarette geraucht wird. Besonders Säuglinge und Kleinkinder bedürfen eines wirksamen Schutzes vor den Einflüssen des Passivrauchens, weil Tabakrauch bei ihnen besonders schnell zu massiven Gesundheitsschäden führen kann“, warnt Scheele. „Bereits eine einzige Zigarette im Auto bedeutet die siebenfache Überschreitung des gültigen Feinstaubbelastungsgrenzwertes“, sagt Andreas Kollross, Landesvorsitzender der Kinderfreunde NÖ. „Unsere gemeinsame Aufkleberkampagne ist ein



LR Scheele und Kollross (Kinderfreunde NÖ) wollen Kinder mit gemeinsamer Kampagne schützen.

wichtiger Beitrag zur Bewusstseinsbildung, damit auch im stressigen Urlaubsverkehr die Zigarette im Auto unbenutzt bleibt!“

## SALZBURG

## Zinslose Förderdarlehen der Wohnbauförderung



Das Land Salzburg hat für sanierungswillige EigenheimbesitzerInnen Null-Prozent-Sanierungskredite vergeben. Ein großer Erfolg für Umwelt und Bauwirtschaft.

Mehr als 200 Förderansuchen wurden binnen zwei Monaten im Rahmen der befristeten Sondersanierungsaktion der Wohnbauförderung eingereicht, zog Wohnbaureferent, Landesrat Walter Blachfellner eine positive Bilanz. Die ersten zinslosen Förderdarlehen für umfassende thermische Sanierungsmaßnahmen (z.B. Wärmedämmung der Fenster und Außenwände) wurden bereits ausbezahlt. Mit dieser Sondersanierungsaktion konnte nicht nur die regionale Bauwirtschaft und der Arbeitsmarkt unterstützt, sondern auch ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Durch die verbesserte Qualität der Gebäudehülle werden jährlich rund 4.000 Tonnen CO2 eingespart.



Erfreut über eine erfolgreiche Sanierungsaktion mit positiven Effekten für Arbeitsmarkt und Klima – Wohnbaureferent, Landesrat Walter Blachfellner.

SPÖ Salzburg

## KÄRNTEN

## Volle Lohntransparenz durch Gehaltsspiegel



Kärntens stellvertretender SPÖ-Parteivorsitzender und Referent für Gleichbehandlungsangelegenheiten, Landesrat Peter Kaiser, tritt für volle Lohntransparenz ein.

Erreicht werden soll das – nach Schweizer Vorbild – mit einem Gehaltsspiegel, der nicht nur die hohen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aufzeigt, sondern Frauen auch ermutigen soll, in männerdominierte und besser bezahlte Berufe einzusteigen. Für Kaiser, der die Forderung von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek nach voller Gehaltstransparenz unterstützt, ist es Aufgabe der Politik, für Chancengleichheit zu sorgen. Dazu gehören auch Rahmenbedingungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten, so Kaiser, der dem anachronistischen Frauenbild des Kärntner BZÖ-Landeshauptmanns Dörfler eine klare Absage erteilt.



SPÖ Kärnten

Gleiches Geld für gleiche Leistung: Dafür macht sich der stv. Parteichef der SPÖ-Kärnten, LR Peter Kaiser stark.



# 1+1 = Zukunftschance

Viele Vergleichsstudien der vergangenen Jahre zeigen, dass Österreichs Bildungssystem hinterherhinkt. Nun lernen die SchülerInnen zwar nicht für PISA, sondern für das Leben, für ihre Zukunft – dass aber etwas getan werden muss, um die Situation zu verbessern, sollte allen klar sein.



Kinder, die bereits vor der Schule in den Genuss professioneller sprachlicher, sozialer und motorischer Förderung gekommen sind, haben bessere Schulchancen.

**„Spracherwerb ist der Schlüssel zu einer gelungenen Integration und zu einer erfolgreichen Zukunft.“**

**D**ie Ursachen für die Defizite sind sehr mannigfaltig. Mangelnde Sprachkenntnisse sind ein Grund. Die Probleme aber auf Sprachdefizite allein zurückzuführen greift zu kurz. Die sozialen, emotionalen und motorischen Kompetenzen sind bei vielen Schulneulingen nicht altersgemäß entwickelt. Schule ist ein Abbild der Gesellschaft, und unsere Gesellschaft verändert sich. Kinder, die ohne das Umfeld einer großen Familie, ohne Geschwister oder ohne Sozialkontakte in außerfamiliären In-

stitutionen aufwachsen sind keine Seltenheit mehr. Zum „Erzieher“ mutiert allzu oft der Fernsehapparat im Kinderzimmer. Das einzige Regelwerk ist das „Recht des Stärkeren“ im Park. Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, treffen in der Schule erstmals auf eine große Gruppe Gleichaltriger. Statt das ABC zu lernen müssen sie dort erst erfahren, was es heißt, sich in einer Gemeinschaft zurechtzufinden, Regeln zu akzeptieren oder auf andere Rücksicht zu nehmen. Aus der Praxis weiß ich, dass dafür sehr viel Zeit aufgewendet werden muss, die dann für andere Dinge fehlt. Das Fördermodell 1+1 mit einem Jahr Gratis-Kindergarten und einem Jahr Vorschulerziehung reagiert auf diese Entwicklungen und bietet allen Kindern bessere Bildungschancen.

*Selbstverständlich ergeben sich durch das Modell auch für Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch bessere Chancen. Bisherige Angebote an diese Familien, bereits vor dem Schuleintritt die deutsche Sprache intensiver zu erlernen, sind leider am mangelnden Interesse der Zielgruppe gescheitert. Spracherwerb ist aber der Schlüssel zu einer gelungenen Integration, der Schlüssel zu einer erfolgreichen Zukunft. Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass Kinder eine Sprache am besten durch den täglichen Umgang miteinander erlernen. Keinesfalls funktioniert das Lernen in diesem Alter, indem man Kinder zum Vokabel- und Grammatikpauken in homogenen, nicht-deutschsprachigen Gruppen verdonnert. Wer dies verlangt beweist, keine Ahnung von Bildungsprozessen zu haben. Durch das Fördermodell 1+1 wird der Beginn des gesteuerten Spracherwerbs für Kinder mit Migrationshintergrund deutlich nach vorne verlagert und die Chance, die Schule erfolgreich zu absolvieren, maßgeblich erhöht. Aber auch die Eltern müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Bildung kann nicht nur ein Angebot sein, sondern stellt auch eine Verpflichtung dar.*

*Einer Sache muss man sich jedenfalls bewusst sein: Qualität hat ihren Preis. Will man dem 1+1-Konzept zum Erfolg verhelfen, muss man in Kindergärten und Schulen für die notwendigen personellen Ressourcen sorgen. Wer hier spart, schadet der Zukunft unseres Landes. Und noch etwas: motivierte MitarbeiterInnen tragen wesentlich zum Gelingen des Konzepts bei. Hier besteht für einige Verantwortliche Lernbedarf.* ♦

Horst-E. Pintarich absolvierte das Volksschullehramt am zweiten Bildungsweg und unterrichtet in Wien-Favoriten.

## TERMINKALENDER

### Dienstag, 23. Juni

#### „Die Ringstraße. Eine europäische Bauidee“

Der Bund Sozialistischer AkademikerInnen (BSA) lädt zur Buchpräsentation von und mit Barbara Dmytrasz. Was wäre Wien ohne die Ringstraße? Die repräsentativen Gebäude entlang des Rings stellen nicht nur ein einzigartiges, städtebauliches Werk dar, sondern repräsentieren die österreichische Geschichte mit dem Aufstieg des Bürgertums und dem Beginn der Moderne bis zum Niedergang der Monarchie. Barbara Dmytrasz begibt sich in ihrem Buch „Die Ringstraße. Eine europäische Bauidee“ auf die Spuren der bekanntesten und bedeutendsten Bauwerke und ihrer Architekten. Die Begrüßungsworte sprechen Wolf Frühauf, gf. Präsident des BSA und der Vorsitzende der BSA Universitäts- und Fachhochschul-lehrerInnen, Andreas Schwarcz.

**Beginn: 17.30 Uhr**

**BSA-Haus**

Landesgerichtsstraße 16  
1010 Wien

### Mittwoch, 24. Juni

#### „Getting involved“



Pertramer

**Nationalratspräsidentin Barbara Prammer**

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und der Parlamentarische Nord-Süd-Dialog laden zum Seminar „Getting involved – Parlamente als Akteure wirksamer Entwicklungszusammenarbeit“.

In der ganztägigen Veranstaltung diskutieren ExpertInnen und ParlamentarierInnen aus Europa und Afrika über die aktuelle Situation und die Möglichkeiten, die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, sowie die Notwendigkeit, Parlamente stärker in den Prozess der Konzeption, Implementierung und Evaluierung von Akti-

vitäten einzubinden. Anmeldungen unter: nadine.dragan@parlament.gv.at.

**Beginn: 10 Uhr**

**Parlament, Budgetsaal**

Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1010 Wien

### Dienstag, 30. Juni

#### „20 Jahre UN-Konvention über die Rechte des Kindes“

Die Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und die Kinder & Jugendanwaltschaft Österreichs laden anlässlich des 20-jährigen Bestehens der UN-Konvention über die Rechte des Kindes zu einer Veranstaltung ins Palais Epstein. Vor nunmehr zwanzig Jahren, im Jahr 1989 wurde von den Vereinten Nationen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes verabschiedet und ist seit der Ratifizierung durch die Republik Österreich im Jahr 1992 und der Installierung der Kinder & Jugend Anwaltschaften deren wichtigste Arbeitsgrundlage. Das ist ein guter Grund, nicht nur die Geschichte der Kinder & Jugend Anwaltschaften Österreichs bis in die Gegenwart zu betrachten, sondern auch darüber nachzudenken, wie die Zukunft der Umsetzung der Kinderrechte in Österreich gestaltet werden muss.

Anmeldung unter

**veranstaltungen15@parlament.gv.at**

**Beginn: 16 Uhr**

**Palais Epstein**

Dr. Karl Renner-Ring 1  
1017 Wien

### Sonntag, 28. Juni

#### „Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch 2008“

Die SPÖ-Bildung und der SPÖ-Parlamentsklub laden in Kooperation mit dem Renner-Institut zur diesjährigen Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises für das politische Buch 2008. Die Begrüßung erfolgt durch Karl. A. Duffek, den Direktor des Dr.-Karl-Renner-Instituts. Im Anschluss folgen Reden von Hannes Swoboda, Abgeordneter zum europäischen Parlament und vom Präsidenten des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Österreich, Christoph Matznetter. Ausgezeichnet werden Robert Reich für „Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt“, Markus J. Prutsch für „Fundamentalismus. Das 'Projekt der Moderne' und die Politisierung des Religiösen,

Helmut Konrad und Wolfgang Maderthaler für „Das Werden der Ersten Republik ... Der Rest ist Österreich“ sowie die Theodor-Kramer-Gesellschaft.

Schriftliche Anmeldung unter E-Mail:

**post@renner-institut.at** oder

Renner-Institut, Khleslplatz 12, 1120 Wien.

**Beginn: 11 Uhr**

**Börsensäle Wien**

Wipplingerstraße 34  
1010 Wien

### Samstag, 4. Juli

#### Rock gegen Rechts 5 mit Russkaja

„Rock gegen Rechts“ ist in den letzten Jahren ein fester Bestandteil der steirischen Konzertszene geworden. Seit 2005 hat es das jährliche Festival geschafft, sich einen guten Ruf auch außerhalb der Steiermark aufzubauen. Heuer findet bereits die fünfte Ausgabe statt und erneut ist es der Sozialistischen Jugend Knittelfeld gelungen, einen feinen Mix aus jungen, talentierten Bands aus der Umgebung und bekannten, namhaften Bands zu schaffen, um gute Musik und Stimmung zu garantieren. Als Headliner konnte dieses Jahr Russkaja gewonnen werden, die sich unter anderem als Showband für Stermann und Grisse in der wöchentlichen ORF-Sendung „Willkommen Österreich“ auch außerhalb Österreichs einen Namen machte.

Vorverkaufskarten sind in allen Filialen der Steiermärkischen Sparkasse erhältlich, sowie an der Abendkasse.

Vorbestellungen: **www.sj-knittelfeld.at**

**Beginn: 18.30 Uhr**

**Landesaussstellungshalle Knittelfeld**

Adresse

## IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag<sup>a</sup>. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Alexander Lutz, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:

Emil Goldberg, Coverfoto: Zinner

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at



### Werner Faymann empfing Diplomaten aus über 100 Staaten

Im Bundeskanzleramt fand vergangene Woche ein Empfang des in Österreich akkreditierten Diplomatischen Korps auf Einladung von Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Josef Ostermayer statt. Der Bundeskanzler zeigte sich erfreut über die Gäste aus aller Welt – VertreterInnen aus mehr als 100 Staaten waren der Einladung gefolgt.

### Im Tourismus ist der Arbeitsmarkt stabil

Sozialminister Rudolf Hundstorfer veranstaltete gemeinsam mit AMS-Vorstand Johannes Kopf, Vida-Vorsitzenden Rudolf Kaske und WKÖ-Tourismus-Chef Hans Schenner eine Pressekonferenz, die unter dem Motto „Tourismus setzt auf Zusammenarbeit“ stand. Hundstorfer stellte klar, dass der Arbeitsmarkt im Tourismus stabil ist.



### Österreichischer Frauenlauf voller Erfolg

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek eröffnete den 22. Österreichischen Frauenlauf im Wiener Prater mit dem traditionellen Startgong. 18.130 Teilnehmerinnen fanden sich heuer ein; ein neuer Rekord.



### Blood Award 2009 geht erstmals auch an eine Schule

Die Verleihung des österreichischen Blutspendepreises, Blood Award, erfolgte mit Gesundheitsminister Alois Stöger und dem Rotkreuz-Präsidenten Fredy Mayer. Hier im Bild mit den PreisträgerInnen der HTL Mödling. Ausgezeichnet wurden Organisationen, die durch besonderes Engagement österreichweite Blutspendekaktionen unterstützen.

